

## Außenansicht

# Alle Macht den Eigentümern

Die SPD mischt sich in Gehaltsverhandlungen ein. Sie will Managergehälter begrenzen. Was kommt als nächstes?

Von Martin Schoeller, Landesvorsitzender von „Die Familienunternehmer“ in Bayern

09. März 2017 15:53 Uhr



Martin Schoeller, Landesvorsitzender von „Die Familienunternehmer“ in Bayern

Foto: Anne Kreuz Fotografie

Regensburg. Anfang des Jahres sah es noch so aus, als würde uns ein langweiliger Bundestagswahlkampf bevorstehen. Weder die CDU noch die SPD ließen einen wirklichen Kampfeswillen erkennen. Seit dem 29. Januar, mit dem Antritt von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, ist das anders. Seitdem befinden sich die Regierungsparteien im Wahlkampf.

Themen sind da. So wittert die SPD plötzlich soziale Ungerechtigkeit, wenn ehemalige Vorstände des VW-Konzerns Abfindungen in Millionenhöhe erhalten. Schnell vergessen ist, dass es die SPD war, die im VW-Aufsichtsrat die Gehälter mitbestimmt hat. Vergessen ist auch, dass die frühere SPD-Ministerin Christine Hohmann-Dennhardt für ihre 13-monatige Tätigkeit im VW-Konzern mehr als zwölf Millionen Euro Abfindung erhalten hat.

Egal, jetzt hat die SPD einen Gesetzentwurf vorgelegt, der unter anderem vorsieht, die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsbezügen in Aktiengesellschaften auf 500 000 Euro im Jahr zu begrenzen.

Die SPD mischt sich jetzt also in Gehaltsverhandlungen ein, obwohl die in erster Linie nur zwei Personen angehen: den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer.

Was kommt als nächstes? Will die SPD bald Obergrenzen für die Einkommen von Formel 1-Fahrern, Topmodels, Schauspielern, Moderatoren, Fußballern, Erfindern einführen? Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Da alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, wird ein solcher Vorstoß an der Verfassung scheitern.

## Zu oft werden Gehälter in den Hinterzimmern ausgeklüngelt

Die meisten Menschen kritisieren nicht, dass Manager, die einen guten Job machen und damit Arbeitsplätze sicherer machen, dafür auch gut bezahlt werden.

Anstatt staatlicher Obergrenzen für Gehälter brauchen wir allerdings eine Stärkung der Hauptversammlungen. Das hat die SPD glücklicherweise eingesehen. Sie will die Hauptversammlung als einziges Gremium aller Eigentümer eines Unternehmens bei der Entscheidung über Vorstandsbezüge stärken. Das ist richtig und vor allem transparenter als bisher. Zu oft wird in den Hinterzimmern der Aufsichtsräte um die Gehälter geklüngelt

Die Debatte um Managergehälter passt in die Wahlkampfstrategie von Martin Schulz: Seit Wochen spricht er von Deutschland als einem Land, in dem Ungleichheit und Ungerechtigkeit herrschen würden. Ist das wirklich das Deutschland, in dem wir leben? Nein.

Deutschland steht wirtschaftlich so gut da wie lange nicht mehr. Wir haben immer mehr Normalarbeitsverhältnisse und immer weniger prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Arbeitslosenzahl ist im Februar 2017 auf den niedrigsten Februar-Wert seit 1991 gesunken und die Verteilung des Wohlstands ist in Deutschland ausgewogener als in fast allen anderen Regionen der Welt.

Ist es da nicht gefährlich, was die SPD macht, wenn sie von einem ungerechten Deutschland spricht und dabei die Realität außer Acht lässt? Die Debatte um Managergehälter und Abfindungen zu führen, ist nicht verkehrt. Die Parteien sind aber gut beraten, nicht aus moralischen und emotionalen Gründen die Vertragsfreiheit und Lohnfindung in den Unternehmen vorzuschreiben. Stattdessen sollten sie sich dafür einsetzen, die Hauptversammlungen zu stärken.